



Postdienste, Speditionen
und Logistik

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Hessen-Ticker

Juni bis August 2014



www.psl.hessen.verdi.de

Deutsche Post AG - Befristungen

Niederlassungsleiter müssen handeln

In den Betrieben steigt der Frust. In den letzten Wochen treten vermehrt in hessischen Zeitungen Meldungen über abgebrochene Briefzustellungen oder Zustellausfälle auf. Und die Post dementiert nicht, sondern kommentiert. Mal ist es der angebliche verstärkte Krankenstand, dann überforderte befristete Beschäftigte oder neuerdings sogar ein älterer Beschäftigter, der es nicht mehr schafft!

Ein Schlag ins Gesicht derer, die Tag für Tag vollen Einsatz geben. Statt einzugreifen, lassen die Niederlassungen reihenweise befristet Beschäftigte nach Hause gehen oder praktizieren „Endlosbefristete“. Nach zwei Jahren sachgrundloser Befristung kommt dann die Sachgrundbefristung. Oder die Rotation. Das heißt, ein befristet Beschäftigter geht – und ein anderer befristet Beschäftigter kommt dafür. Was für eine Schande für den angeblichen Arbeitgeber erster Wahl!

Nicht, weil zu viel Personal vorhanden ist müssen befristete Kolleginnen und Kollegen in die Arbeitslosigkeit gehen, sondern weil neue Beschäftigte eingestellt werden sollen. Die wieder ausgebildet werden müssen. Die wieder befristet sind.

Wie entwürdigend ist eine solche Betriebspolitik?

Teilweise jahrelang wird den befristet Beschäftigten – oft unter vorgehaltener Hand - gesagt, dass sie nicht krank werden dürfen und die Leistung erbringen müssen, dann kommt die Entfristung. Als Folge wird oft gearbeitet auch wenn eine Krankheit vorliegt oder im Krankheitsfall wird Urlaub genommen. Alles für die Katz! An dem Leckerli „unbefristeter Arbeitsvertrag“ durfte nur gerochen werden!

„Eine Entfristung bei der Post gab es in diesem Jahr wohl nicht öfter als 5 Richtige im Lotto“ berichten ver.di - Vertrauensleute.

Ein Verzicht auf Urlaub, unbezahlte Arbeitszeit vor Dienstbeginn etc. rechnet sich auch für die befristet Beschäftigten auf alle Fälle nicht.

Für den Arbeitgeber würde sich eine große Entfristungswelle rechnen. Das Betriebsklima würde besser. Eingearbeitete KollegInnen bringen bessere Qualität, als wieder neu eingestellte sich in Ausbildung befindliche KollegInnen. Und Qualität dient der Kundenbindung und sichert Umsatz, Gewinn und Arbeitsplätze.

Warum handeln die Niederlassungsleiter/innen nicht? Die Befristungsquote von bundesweit 11 Prozent aller Postbeschäftigten ist unerträglich!



(UN)BEFRISTET

Themen dieser Ausgabe

- Befristungen Deutsche Post
- PostlerInnen senden durch BR-Wahlen Zeichen!
- Entsendeversammlung
- Bezirksfachbereichsvorstände neu gewählt
- Jugend beschließt Anträge
- Aktionswoche Pause
- Besoldungserhöhung Postbeamte
- Für Hessen aktiv
- Poststandort Hilpertstrasse sichern
- DHL in der Türkei
- RCL zahlt jetzt deutlich mehr
- Etappensieg für BR bei Rudolph Automotive

Deutsche Post AG Betriebsratswahlen 2014

Hessische PostlerInnen senden Zeichen



Die 17.080 hessischen Postlerinnen und Postler wählten bei den Betriebsratswahlen vom 6. bis 8. Mai in Hessen zu 94,1 % KandidatInnen von ver.di-Listen.
Die hessischen Betriebsratsmandate teilen sich wie folgt auf:

	Größe des Betriebsrates (BR)	Auf die ver.di-Liste/n entfielen	
NL BRIEF Kassel	23	21 BR-Mandate	
NL BRIEF Gießen	21	19 BR-Mandate	
NL BRIEF Frankfurt a.M.	31	30 BR-Mandate	
NL BRIEF Wiesbaden	23	22 BR-Mandate	Nach der Wahl erfolgte ein Listensprung. Somit kommen jetzt alle BR-Mitglieder von der ver.di-Liste
NL Internat. Produktion	19	17 BR-Mandate	
SNL BRIEF	13	alle BR-Mandate	
SNL IT-Infrastruktur	5	alle BR-Mandate	
Gesamt	135	erst 126, jetzt 127 BR-Mandate	

Wir danken allen Wählerinnen und Wählern!
Gemeinsam werden wir mit euch weiter an Lösungen der Probleme arbeiten!

Deutsche Post AG

Entsendeversammlung

202 Betriebsräte aus Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland wählten am 5. Juni in Frankfurt in einer Entsendeversammlung ihre VertreterInnen in den Gesamtbetriebsrat.

Rolf Bauermeister, ver.di, Leiter Bereich Postdienste, Mitbestimmung und Jugend, sprach als Gastredner zu den Betriebsräten.

Er kritisierte scharf die Beschäftigtenpolitik des Postvorstandes und sagte, dass es mit ver.di keine Kostensenkung auf dem Rücken der Beschäftigten gäbe.

Auch kritisierte er die Arbeitsbedingungen mit den Worten, dass keiner bis zum 67. Lebensjahr unter diesen Bedingungen arbeiten kann!



Detlev Borowsky, Landesbezirksfachbereichsleiter PSL-Hessen gratulierte allen gewählten Betriebsräten. Dass die hessischen PostlerInnen fast ausschließlich in ver.di organisierte Betriebsräte gewählt haben

ist ein Zeichen dafür, dass die Beschäftigten mit ver.di auch gemeinsam gegen Angriffe auf den Verdienst und den Arbeitsbedingungen bereit sind sich zur Wehr zu setzen, so Borowsky weiter.

In den Gesamtbetriebsrat wurden folgende Kollegin und Kollegen aus Hessen gewählt



Wolfgang Euler,
Niederlassung
BRIEF Wiesbaden
Freistellung GBR



Otto Riedel,
Niederlassung
BRIEF Frankfurt
Freistellung GBR



Antje Schindzielorz,
Niederlassung
BRIEF Kassel



Jürgen Schuster,
Niederlassung
Internationale Post
Frankfurt



Stefan Schneider,
Niederlassung
BRIEF Wiesbaden

Organisationswahlen 2014/2015 in den Bezirksfachbereichen

Neue Vorstände gewählt!

Wiedergewählte Bezirksfachbereichsvorsitzende

Wir gratulieren allen Vorstandsmitgliedern zu ihrer Wahl und wünschen viel Spaß und Erfolg bei der anstehenden Arbeit. Allen Mitgliedern danken wir für die Teilnahme an den Versammlungen. Nur so ist eine lebendige Demokratie möglich!

Auf den Bezirksfachbereichskonferenzen bzw. –versammlungen wurden gewählt:

Nordhessen:

Vorsitzender Dieter Brasch
Stellv. Vorsitzende Antje Schindzielorz

Osthessen:

Vorsitzender Matthias Gutermuth
Stellv. Vorsitzende Heike Kurzer

Wiesbaden:

Vorsitzender Jens Geropp
Stellv. Vorsitzender Wolfgang Euler
und Hans-Peter Hardt

Mittelhessen:

Vorsitzende Petra Bothner
Stellv. Vorsitzender Joe Hahlgans

Frankfurt und Region:

Vorsitzender Tiny Hobbs
Stellv. Vorsitzende Erika Passing

Südhessen:

Vorsitzender Steffen Lanz
Stellv. Vorsitzende Monika Zeißler und
Hubertus Starsinski



Bezirksfachbereichskonferenz Kassel



Bezirksfachbereichsversammlung Wiesbaden



Bezirksfachbereichskonferenz Südhessen

Organisationswahlen 2014/2015

Jugend beschließt Anträge

Am 2. Juli traf sich die hessische Jugend zu ihrer Jugendkonferenz.

Martin Becker wurde einstimmig zum Landesbezirksfachbereichsjugendfachkreisvorsitzenden wiedergewählt.

Vorher konnte er in seinem Geschäftsbericht über sehr viele Themen und Aktivitäten der hessischen Jugend berichten. Die Übernahme, Ausbildungsquote, Auszubildungsvergütung und der selbständige Einsatz waren Themen der Jugend.

Erst kürzlich kam es zu einer Aktion vor der Aktionärsversammlung der Deutschen Post AG in Frankfurt Höchst, da das Unternehmen die Ausbildungsquote bundesweit um 200 Plätze senkte (siehe Bericht auf der letzten Seite). Die hessische Jugend war auch am 6. Dezember bei einer Aktion vor dem Posttower für mehr Ausbildungsplätze vertreten.



Als Gast war Karin Migdalek vom Landesbezirk Rheinland-Pfalz/ Saarland vertreten. Sie lobte die tolle und konstruktive Zusammenarbeit der Jugend beider Landesbezirke.

Auch Thorsten Kühn von der Bundesverwaltung nahm als Gast an der Jugendversammlung teil. Thorsten kritisierte, dass die Post die Ausbildungsquote als Druckmittel für eine niedrigere Einstiegsstufe nimmt. Zum Schluss wurden noch mehrere Anträge beraten und an die Landesbezirksfachbereichskonferenz und die Bundesjugendkonferenz weitergeleitet.

Der Hessen Ticker wünscht der Jugend viel Kraft und weiterhin viel Engagement bei den konfliktreichen Themen der kommenden Jahre.



Jugend in Aktion: Wie am 6. Dezember in Bonn

Bezirksfachbereiche Südhessen und Wiesbaden

Aktionswoche Pause

Im Rahmen der inzwischen dritten Aktionswoche standen auch in den Bezirksfachbereichen Wiesbaden und Südhessen Aktionen am 4. Juni auf der Tagesordnung.

In der DHL- Zustellbasis in Ginsheim - Gustavsburg und im Zustellstützpunkt in Darmstadt wurde an die Beschäftigten Kaffee verteilt und mit ihnen das Gespräch geführt. Hierbei wurde die Bedeutung und der Anspruch auf eine regelmäßige Pause erläutert und wie wichtig es ist, auch mal eine Pause einzulegen.

Denn gesund zu bleiben und neue Energien aufzutanken, um anschließend im Arbeitsalltag wieder konzentriert arbeiten zu können, ist nicht immer selbstverständlich. Leicht geht das Thema Pause im Stress des Arbeitstages schnell in

Vergessenheit.

Selbstverständlich ist auch nicht, dass durch Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen bei der Deutschen Post AG Regelungen geschaffen wurden, die über das gesetzliche Mindestmaß hinausgehen.

ver.di und die ver.di-Betriebsräte treten für die Belange und Probleme der Beschäftigten und Ihrer Mitglieder ein.

Im Rahmen der Organisationswahlen wurden bei Mitgliederversammlungen in Wiesbaden und Südhessen das Thema in Anträgen aufgegriffen. In Anträgen, die sich mit den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in unserem Fachbereich auseinandersetzen, wurden auch Forderungen zum Thema „Pause“ beraten und beschlossen.



Infostand der Betriebsgruppe BRIEF Wiesbaden in der Zustellbasis Ginsheim-Gustavsburg

Postbeamtinnen und Postbeamte

Besoldungserhöhung/Abschlagszahlungen

Die Besoldungsrunde Bund ist noch nicht abgeschlossen.

Nach durchgeführtem Beteiligungsgespräch hat das Bundeskabinett am 14. Mai den Gesetzentwurf beschlossen und am 4. Juli in erster Lesung im Bundestag beraten. Die abschließende zweite und dritte Lesung im Bundestag ist für September geplant. Der Bundesrat soll am 7. November abschließend entscheiden.

Die lineare Anhebung der Dienst und Versorgungsbezüge soll in zwei Schritten erfolgen: Zum 1. März 2014 steigen die Bezüge um 2,8 Prozent oder bei Wirken der Mindesthöhung um einen entsprechend höheren Prozentsatz.

Dieser ergibt sich aus dem Mindestbetrag von monatlich 90 Euro. Zum

1. März 2015 steigen die Bezüge um 2,2 Prozent. Die Erhöhungen und der Mindestbetrag weichen um 0,2 Prozent vom Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes ab. Der Prozentsatz fließt in die Versorgungsrücklage für die Bundesbeamten.

Auch bei den Besoldungsgruppen, wo die prozentuale Erhöhung durch den Mindestbetrag höher ist als die lineare Erhöhung, mindert sich diese um 0,2 Prozent. So erhält ein Beamter in der Grundbesoldung A5 Stufe 7 einen Mindestbetrag in Höhe von 90 Euro.

Das entspricht einer Erhöhung von 3,9 Prozent, wovon 0,2 Prozent Versorgungsabschlag abgezogen werden. Damit beträgt die Besoldungserhöhung 3,7 Prozent bzw. 81,23

Euro. Damit steigen die Besoldungen in den unteren Besoldungsgruppen überproportional.

Zudem steigt die Postzulage in Höhe von vier Prozent analog. Die Deutsche Post AG plant, die Besoldungserhöhung rückwirkend ab März 2014 auf die Erhöhungen der Dienstbezüge, der Mehrarbeitsvergütung, der Erschwerniszulagen und der Versorgungsbezüge mit den Bezügen für den Monat September 2014 an ihre Beamten zu zahlen. Die Versorgungsempfänger erhalten voraussichtlich im Oktober die erhöhte Versorgung, einschließlich der rückwirkenden Versorgung. Die Abschlagszahlungen stehen bis zur endgültigen Verabschiedung des Gesetzes unter Vorbehalt.

Für Hessen aktiv

Die Konzerntarifkommission FedEx hat in ihrer Mai-Sitzung die Kollegen Baqar Khalid und Ali Sanadjian vom Standort Frankfurt und die hessische Gewerkschaftssekretärin Monika Christann in die Verhandlungskommission zu den Entgelttarifverhandlungen gewählt.

Die Tarifverhandlungen sind bereits abgeschlossen. Die Entgelte steigen zum 1. September um 3 %, ferner gibt es bei einer Laufzeit von 14 Monaten eine Einmalzahlung von 150 €. Das Ergebnis ist ausführlicher unter www.psl-hessen.verdi.de dargestellt.

Ferner wurde von der Konzerntarifkommission Deutsche Post DHL der Kollege Norman Eiser in die Verhandlungskommission für die Entgelttrunde von der CSG.TS (ehemals DP TS) gewählt.

Darmstadt

Poststandort Hilpertstrasse sichern!

Im März hat sich auf Initiative der ver.di Betriebsgruppe eine Arbeitsgruppe der Betriebsräte der Service-niederlassungen der Deutschen Post und der IT Services GmbH in Darmstadt konstituiert, mit dem Ziel den Poststandort in der Hilpertstraße 31 in seiner bisherigen Form zu sichern. Der Mietvertrag für das Objekt läuft im Dezember 2015 aus.

Trotz mehrmaligen Nachfragens kann oder will die Arbeitgeberseite sich hierzu noch nicht abschließend äußern. Da man sich im Zweifel nur auf die eigenen Kräfte verlassen kann, sind die in Darmstadt vertretenen Betriebsratsgremien und die örtliche ver.di-Betriebsgruppe aktiv geworden.

Es wurde ein gemeinsames Schreiben als offener Brief an das ehemalige Vorstandsmitglied Personal, Frau Angela Titzrath, verfasst. In dem Brief wird sie gebeten, bei der Frage des Fortbestands des Poststandortes Darmstadt Hilpertstr. 31 schnell Klarheit zu schaffen und sich für den Erhalt des Standortes einzusetzen.



Der Konzernbetriebsrat ist ebenfalls über die Situation unterrichtet. Um unserer Forderung nach Erhalt des Standorts mehr Gewicht zu verleihen, sammelten die Kolleginnen und Kollegen der ver.di-Betriebsgruppe und die Betriebsräte in Darmstadt Unterschriften. Mittlerweile haben über 500 Kolleginnen und Kollegen durch ihre Unterschrift das Ansinnen unterstützt.

Betriebsräte von betroffenen Service-niederlassungen, ein Vertreter des KBR, sowie ein Vertreter der ver.di Betriebsgruppe haben diese Unterschriften am 7. Juli im Bonner Post-Tower an die Abteilungsleiterin 512 Frau Kaus übergeben. Dabei wurde

von Seiten der Betriebsräte betont, dass die mangelnde Informationspolitik einiger Niederlassungen aufgegeben werden muss und nun der Punkt erreicht ist, an dem die Betriebsräte umfassend durch die Arbeitgeberseite über den Stand der Planungen, die Planungsoptionen und die möglichen Auswirkungen auf die MitarbeiterInnen auch bzgl. der künftigen Arbeitsbedingungen zu informieren sind.

Die ver.di Betriebsgruppe plant weitere Aktionen am Standort Darmstadt, denn der Standort in der Hilpertstraße 31 hat sich seit seiner Gründung als ein „Kraftzentrum“ der DP DHL erwiesen und bewährt. Viele engagierte und kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten hier, die ihr persönliches Netzwerk zwischen den einzelnen im Hause vertretenen Organisationseinheiten zum Nutzen der Deutschen Post DHL einsetzen und somit einen wesentlichen Beitrag für den Geschäftserfolg des Unternehmens leisten.

DHL in der Türkei

Mut und Durchhaltevermögen zahlen sich aus!

Vor über zwei Jahren haben sich in großem Umfang DHL-Beschäftigte in der Türkei in der Gewerkschaft TÜMTIS organisiert. Ihr Ziel war u.a. sich für mehr Gehalt, geregelte Arbeitszeiten, bezahlte Überstunden einzusetzen und einen willkürlichen Personaleinsatz zu verhindern.

Das Management ging auf Konfliktkurs. Versuchte, mit fragwürdigen Methoden die Durchsetzung eines Tarifvertrages zu verhindern. Schreckte vor Kündigungen von akti-

ven Gewerkschaftern nicht zurück. Der Hessen-Ticker hat mehrfach berichtet. Im Sommer 2013 war auch eine hessische Delegation in ihrem Urlaub zur Unterstützung unserer türkischen Partnerorganisation in Istanbul.

Im April gelang der Durchbruch. TÜMTIS konnte für seine bei DHL landesweit rund 2.200 Mitglieder einen Tarifvertrag durchsetzen. Er beinhaltet Einkommenssteigerungen von 32-46 %, ferner soziale Kompo-

nenten wie z.B. bei familiären Anlässen wie Geburt und Tod. Durchgesetzt wurde auch, dass 750 Beschäftigte von Subunternehmen von DHL eingestellt wurden. Außerdem wurden 25 während der Auseinandersetzung von DHL entlassene Gewerkschaftler wieder eingestellt.

Dies ist sicherlich ein klassischer Fall, dass Mut, Durchhaltevermögen und Solidarität sich auszahlen. In der Türkei, aber auch anderswo.

Gießen

RCL zahlt jetzt deutlich mehr

Im März hat ver.di die Rhenustochter RCL Gießen GmbH zu Tarifverhandlungen aufgefordert. Die Verantwortlichen der RCL haben daraufhin selbst in einer internen „Prüfung“ festgestellt, dass mehr als die Hälfte der Belegschaft unter dem Tarifniveau des hessischen Flächentarifes vergütet wird und entschieden, dieses zu korrigieren.

Die Geschäftsführung hat daraufhin den Beschäftigten in Teilversammlungen mitgeteilt, dass der Grundlohn in 2 Schritten auf 1850 € und die Ausbildungsvergütungen ebenfalls angehoben werden. Das hat bei den Arbeitern Lohnsteigerungen von bis zu 300 € monatlich zu Folge. Ein beachtliches Ergebnis. Notwendig dafür war der gemeinschaftliche

Eintritt von vielen Beschäftigten in ver.di. Darüber hinaus will der Arbeitgeber mit dem Betriebsrat eine Standortsicherungsvereinbarung schließen. Hierzu liegt dem Betriebsrat ein erstes Angebot vor.

Die Tarifkommission wird sich mit den ver.di - Mitgliedern in einer Mitgliederversammlung nunmehr über das weitere Vorgehen beraten.

Rudolph Automotive Kassel/Waldau

Arbeitsgericht lässt Beschäftigte hoffen

Etappensieg für Betriebsrat

Der Betriebsrat der Rudolph Automotive Kassel/Waldau wollte bei der Ersteingruppierung die von der Geschäftsleitung geplanten Eingruppierungen der Packer (in LGr 4) und der Datenerfasser (in K 2) nicht hinnehmen. Nach Auffassung des Betriebsrates und ver.di würden die betroffenen Kolleginnen und Kollegen dadurch falsch eingruppiert und dadurch Nachteile erleiden. Der Tarifvertrag gilt bereits seit Mai 2013.

Der Betriebsrat sieht Packer in Lohngruppe 2 und Datenerfasser in K 3 des Tarifvertrages und verweigerte den Eingruppierungsanträgen der Geschäftsleitung deshalb konsequenterweise auch die Zustimmung. Das Arbeitsgericht in Kassel hat die Haltung des Betriebsrates am 12.

Juni 2014 in 1. Instanz bestätigt und die entsprechenden Anträge der Rudolph-Unternehmensleitung zurückgewiesen.

Gewerkschaftssekretär Roland Blumenauer, der für die Betriebe der Rudolph Logistik Gruppe Kassel, Baunatal und Borken zuständig ist, hofft nun, dass die Geschäftsleitung ihre Haltung bei der Umsetzung des Tarifvertrages insgesamt überdenkt und die gesamte Belegschaft endlich entsprechend eingruppiert. Auch wenn eine Richterin des Arbeitsgerichtes Darmstadt, die sich mit den gleichen Eingruppierungsanträgen des Betriebes in Lorsch/Südhessen befasste, zu einem anderen Ergebnis kam als ihre Kasseler Kollegin, hält ver.di den "Etappensieg des Betriebsrates im Eingruppierungs-

streit" für einen deutlichen Fingerzeig des Arbeitsgerichtes Kassel.

Dies sollte auch den ver.di Mitgliedern der anderen Rudolph-Betriebe in Hessen Mut machen, sich bezüglich Eingruppierungsfragen an ihre Betriebsräte und an ver.di zu wenden, um ihre Lohnabrechnungen auf korrekte Eingruppierungen prüfen zu lassen.

Das Ergebnis aus Kassel zeigt: Es lohnt sich für Arbeitnehmerrechte zu kämpfen!

Es bleibt nun abzuwarten, ob die Arbeitgeberseite den Beschluss des Arbeitsgerichtes Kassel zu Gunsten der Belegschaft akzeptiert oder das Verfahren durch die Instanzen zieht. Ebenfalls, ob das Arbeitsgerichtsurteil aus Darmstadt überhaupt Rechtskraft erlangt.

Deutsche Post AG

ver.di Jugend widerspricht Postvorstand



11,48 € Einstiegslohn ist nicht zu hoch – die Ausbildungsquote muss steigen, nicht gesenkt werden!

Die ver.di-Jugend ging am Dienstag, dem 27. Mai auf Tuchfühlung mit dem Postvorstand. Vor der Jahrhunderthalle in Frankfurt am Main verteilten junge PostlerInnen Flyer an die Aktionäre mit einer klaren Botschaft:

- 11,48 € Einstiegslohn ist wirklich nicht viel für die „Post für Deutschland“
- die Ausbildungsquote in der Zustellung muss erhöht werden, noch für das Jahr 2014
- die Auszubildenden sind nach

Beendigung der Ausbildung zu übernehmen!

Nach Aussage des Postvorstandsvorsitzenden Dr. Appel sei die tarifliche Bezahlung nach der Ausbildung in Höhe von 11,48 Euro zu teuer, deshalb wurde die Ausbildungsquote gesenkt. Im Jahr 2014 um rund 200 Plätze.

Deshalb gingen um 9 Uhr vor der Jahrhunderthalle 200 Luftballons in die Luft. Sie symbolisieren die vernichteten Ausbildungsplätze aufgrund der Vorstandsentscheidung. Diese Entscheidung kann nicht nachvollzogen werden. Der Konzerngewinn stieg im Jahr 2013 um 27,5 %, die Dividende legte zu und das Unternehmen braucht junge Beschäf-

tigte, will es einen gesunden Altersschnitt in der Belegschaft haben.

Impressum

Hessen-Ticker, erscheint grundsätzlich alle zwei Monate

Herausgeber:
ver.di Hessen, Fachbereich (PSL)
Postdienste, Speditionen und Logistik

Verantwortlich:
Detlev Borowsky,
Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77,
60329 Frankfurt am Main

Redaktion: Stefan Schneider

Fotos: Stefan Schneider, Roland Blumenauer, Detlev Borowsky, Patrick Fois,

Redaktionsschluss: 3. Juli 14
www.psl.hessen.verdi.de